

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen:
Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 30 M.
für Versammlungsanzeigen 10 M. pro Zeile.

Unser Zentralverband unterm Kriegszustande.

Inwieweit unser Zentralverband durch den Kriegszustand bis jetzt betroffen ist, das heißt, wieviel seiner Mitglieder zu den Waffen einberufen, wieviel infolge des Krieges arbeitslos sind und wieviel noch in Arbeit stehen, ist durch die Erhebungen im August, deren Ergebnisse in den vorausgegangenen Nummern des „Zimmerer“ veröffentlicht sind, festgestellt worden.

In den Veröffentlichungen sind die Durchschnittsziffern angegeben, die aus den vielen einzelnen Verschiedenheiten gewonnen sind. In letztere einen tieferen Einblick zu gewinnen, ist von großem Interesse. An den Erhebungen vom 31. August waren insgesamt 743 Zahlstellen beteiligt, zwei mehr als im „Zimmerer“ Nr. 37 angegeben sind. Von je 100 Verbandsmitgliedern waren im Durchschnitt zum Militär eingezogen 35,01, arbeitslos 10,48 und in Arbeit standen 54,51. Im Durchschnitt! In den einzelnen Zahlstellen weichen die Feststellungen von den Durchschnittszahlen erheblich ab. Sehr viele bleiben weit dahinter zurück; andere wieder sind bedeutend stärker betroffen. So sind beispielsweise in sechs Zahlstellen mit zusammen 41 Mitgliedern gar keine Mitglieder zum Militär eingezogen; hingegen sind in sieben Zahlstellen mit zusammen 66 Mitgliedern alle Mitglieder dem Rufe zu den Waffen gefolgt. In 249 Zahlstellen mit zusammen 21 629 Mitgliedern waren von je 100 Mitgliedern bis zu 30 zum Militär eingezogen; in 229 Zahlstellen mit zusammen 22 170 Mitgliedern von je 100 Mitgliedern 30 bis 40. Ueber 40 bis 90 von je 100 Verbandsmitgliedern waren zum Militär eingezogen in 252 Zahlstellen mit zusammen 12 577 Mitgliedern.

Auch die Arbeitslosigkeit zeigt ein sehr verschieden geartetes Bild. So waren in 237 Zahlstellen mit zusammen 11 555 Mitgliedern am 31. August Arbeitslose überhaupt nicht vorhanden. Damit ist indes nicht bewiesen, daß in allen diesen Zahlstellen der Beschäftigungsgrad im Baugewerbe ein sehr reger war; auf viele von ihnen trifft eher das Gegenteil zu. Aber diese Zahlstellen hatten vielfach ihre arbeitslosen Mitglieder dorthin dirigiert, wo infolge des Krieges eine Nachfrage nach Arbeitskräften eingetreten war. In 169 Zahlstellen mit zusammen 23 020 Mitgliedern kamen auf je 100 Mitglieder 1 bis 10 Arbeitslose; hingegen entfielen in 337 Zahlstellen mit zusammen 21 908 Mitgliedern auf je 100 Mitglieder mehr als 10, ja bis 80 Arbeitslose.

Ebenso ergeben sich auch bei den in Arbeit stehenden Mitgliedern sehr starke Abweichungen von der Durchschnittsziffer, die, wie schon angegeben, 54,51 beträgt. In 31 Zahlstellen mit zusammen 439 Mitgliedern stand am 31. August nicht ein einziges Mitglied in Arbeit. In 344 Zahlstellen mit zusammen 21 048 Mitgliedern kamen auf je 100 Mitglieder bis zu 50 in Arbeit stehende. Ueber 50 bis 90 in Arbeit stehende Mitglieder, und zwar von je 100 Mitgliedern, konnten 362 Zahlstellen mit zusammen 34 939 Mitgliedern feststellen, und in 6 Zahlstellen mit zusammen 57 Mitgliedern waren 90 bis 100 pZt. in Arbeit. Diese letzteren Zahlstellen waren mithin weder durch Einziehung ihrer Mitglieder zum Militär noch durch Arbeitslosigkeit erheblich betroffen.

Die nachstehende Tabelle läßt eine Uebersicht gewinnen, wie verschieden stark die an den Erhebungen beteiligten Zahlstellen durch den Krieg in Mitleidenschaft gezogen sind. In ihr wird dargestellt, wieviel von je 100 Verbandsmitgliedern am 31. August zum Militär eingezogen,

wieviel arbeitslos waren und wie viele noch in Arbeit standen. Um die Tabelle nicht unübersichtlich werden zu lassen, mußte zu einer Staffellung gegriffen werden; im übrigen dürfte nach dem bereits Gesagten eine Erläuterung der Tabelle nicht mehr vonnöten sein.

Von je 100 Verbandsmitgliedern sind	Zum Militär eingezogen		Arbeitslos gemeldet		In Arbeit	
	in Zahlstellen	mit zusammen Mitgliedern	in Zahlstellen	mit zusammen Mitgliedern	in Zahlstellen	mit zusammen Mitgliedern
—	6	41	237	11555	31	439
1 bis 10	12	419	169	23020	14	536
über 10 „ 20	75	3079	134	12442	37	1482
„ 20 „ 30	162	18131	84	5393	66	2154
„ 30 „ 40	229	22170	60	2021	95	6282
„ 40 „ 50	142	8035	36	1341	132	10594
„ 50 „ 60	62	3022	14	533	123	10588
„ 60 „ 70	22	691	7	145	126	18004
„ 70 „ 80	20	573	2	33	76	5024
„ 80 „ 90	6	256	—	—	37	1323
„ 90 „ 100	7	66	—	—	6	57
	743	56483	743	56483	743	56483

Unter den zum Kriegsdienst Einberufenen sind auch zahlreiche Mitglieder, die in den Zahlstellen Vorstandsämter bekleideten. Es war daher notwendig, die Umfrage auch auf die eingetretenen Veränderungen in den Verwaltungen der Zahlstellen auszudehnen, wenigstens soweit es sich um die geschäftsführenden Personen, den ersten Vorsitzenden und den ersten Kassierer, handelt. Daß hierin ganz bedeutende Veränderungen erfolgen würden, konnte von vornherein mit Sicherheit angenommen werden. Die große Mehrzahl unserer Zahlstellenfunktionäre steht im wehrpflichtigen Alter. Nur in der Minderheit der Zahlstellen werden die Geschäfte von Kameraden geführt, welche die Grenze des wehrpflichtigen Alters bereits überschritten haben, oder die, weil sie dem un- ausgebildeten Landsturm angehören, vorläufig wenigstens, die Grenzbezirke ausgenommen, eine Einberufung nicht erwarten.

Von den 822 Zahlstellen, die unser Verband am Schlusse des ersten Quartals dieses Jahres zählte, sind nach den bis jetzt beim Zentralvorstand eingegangenen Meldungen nur in 340 Zahlstellen der erste Vorsitzende und der erste Kassierer im Amte verblieben. In 482 Zahlstellen mußten diese Posten neu besetzt werden, und zwar hatten 200 Zahlstellen einen neuen ersten Vorsitzenden zu wählen, 130 Zahlstellen einen neuen ersten Kassierer und 152 Zahlstellen mußten beide Posten neu besetzen. In einer Reihe von Zahlstellen, wo der Vorsitzende sowie der Kassierer zum Kriegsdienst beordert sind, führen einstweilen ihre Frauen die Zahlstellengeschäfte, besonders soweit die Kassengeschäfte in Frage kommen. In solchen Zahlstellen müssen natürlich die Verbandsmitglieder den weiblichen Funktionären möglichst zur Hand gehen; sie dürfen ihnen ihr uneigennütziges Wirken nicht erschweren, sollen sie hingegen nach Kräften unterstützen, und, sobald Ersatz sich schaffen läßt, von diesen Arbeiten entlasten. Auch die neu gewählten Funktionäre bedürfen der tatkräftigen Unterstützung durch die Verbandsmitglieder.

Soweit sich bis heute übersehen läßt, sind die in verschiedenen Zahlstellen in den ersten Tagen nach der Mobilmachung beobachteten Störungen behoben. Mit einzelnen Zahlstellen konnten leider bislang Verbindungen noch nicht wieder hergestellt werden. Das trifft besonders

auf die vom Kriege hart mitgenommenen, im ostpreussischen Gebiet, unmittelbar an der russischen Grenze belegenen Zahlstellen zu. Wir nennen nur Angerburg, Bartenstein, Gumbinnen, Insterburg, Johannisburg, Lyck, Marggrabowa, Nikolaiten, Osterode, Schippenbeil, Soldau und Stallupönen. Hingegen sind die Schwierigkeiten, die anfangs dem Verkehr mit den Zahlstellen im Südwesten des Reiches entgegenstanden, vornehmlich in Elb-Lothringen, beseitigt. Nur aus Diedenhofen fehlt uns bis jetzt jede Nachricht; diese Zahlstelle ist auch an keiner der drei Erhebungen im August beteiligt. Wir erwarten indes, daß auch mit den vorgenannten Zahlstellen recht bald wieder Fühlung gewonnen wird, damit wir auch dort unsere Tätigkeit fortsetzen können. In einigen ostpreussischen Orten, die nahezu völlig vernichtet sind, wird das allerdings geraumer Zeit bedürfen.

In allen Verbandszahlstellen sollte in dieser kritischen Zeit ernstlich darauf gesehen werden, daß das Verbandsleben nicht erschlafft. Das Versammlungswesen muß noch mehr als in Friedenszeiten gepflegt werden, um tunlichst Rückschläge innerhalb der Organisation zu verhüten. Der Zusammenhalt in den Zahlstellen muß fester denn je ge-

schlossen werden. Die Zurückgebliebenen sollen stets der ersten Pflicht eingedenk sein, die ihnen stillschweigend von den ins Feld gezogenen Kameraden hinterlassen worden ist: Die Organisation zu wahren und zu schützen, damit sie den Kriegszustand nicht nur überdauert, sondern auch nicht allzusehr geschwächt aus ihm hervorgeht. Denn darüber darf kein Zweifel obwalten, daß unser Zentralverband nach einem Friedensschluß — gleichviel wann er erfolgt — reiche Arbeit vorfinden wird. Daß er dann allen an ihn gestellten Anforderungen gewachsen sein möge, ist ein nur zu berechtigter Wunsch, der alle Verbandsmitglieder in gleichem Maße beseelt. Die Erfüllung dieses Wunsches setzt aber voraus, daß alle Verbandskameraden in jeder Hinsicht, auf allen Gebieten, wo immer es auch sei, in vollem Umfange ihre Pflicht und Schuldigkeit tun. Bis hier liegt erfreulicherweise zu Klagen irgendwelcher Art kein Anlaß vor. Wir erwarten bestimmt, daß der Geist der Brüderlichkeit und Solidarität, der unsern Zentralverband bislang in so hohem Maße auszeichnete, uns auch die jetzt hereingebrochenen schweren Zeiten überstehen helfen wird. Laßt uns alle ihn auch weiterhin hegen und pflegen zum Segen und zum Wohle unserer Organisation!

Prostipatrioten und der Krieg.

Die Fälle mehren sich, wo Unternehmer für die Dauer des Krieges die Tarifverträge außer Kraft setzen möchten. So wird uns aus Starnberg in Bayern mitgeteilt, daß dort der Zimmermeister und Dampfsägereibesitzer Johann Stadler sich des Verstoßes gegen die tarifvertraglichen Bestimmungen schuldig macht, indem er es ablehnt, die vorgeschriebenen Zuschläge zu zahlen. Als ein Zimmerer gegen diese Handlungsweise protestierte, erhielt er seine Entlassung, wobei er dann noch einige Liebenswürdigkeiten des Unternehmers einstecken mußte.

Wir erwarten, daß der zuständige Arbeitgeberverband sein Mitglied unerbittlich zur Ordnung rufen wird.

Die letzten Reichstagsreden Franks.

Th. Berlin, 27. September.

Dieser Tage brachte mich der Zufall in ein Gespräch mit einem sehr bedeutenden und sehr reichen Großindustriellen. Natürlich waren wir, wie jetzt immer, in kürzester Frist beim Kriege angelangt. Ohne daß bis dahin mein Gegenüber hatte merken können, welcher Partei ich angehöre, kam er unvermittelt auf den Tod Franks zu sprechen und sagte: „Ich lese die Verhandlungen über die Reichstagsitzungen nur ganz oberflächlich. Aber wenn ich auf den Namen Franks gestoßen bin, habe ich seine Reden immer genau verfolgt. Wenige Männer im Reichstag haben mir so imponiert wie er.“ Als ich erwiderte, Frank habe diese Sympathien in hohem Maße verdient, ebenso die größte Wertschätzung und volles Vertrauen, und als der Industrielle merkte, daß ich persönlich und politisch dem gescheiterten Parteigenossen nahe gestanden hatte, bewiesen seine eifrigen Fragen, daß er in der Tat ein lebhaftes Interesse an Frank genommen hatte. Etwas verwundert war er, als ich ihm auf direkte Frage erklärte, ich sei nicht damit einverstanden, daß Frank sich freiwillig zum Kriegsdienst gestellt habe. Es sei zwar anzuerkennen, daß er aus reinem Idealismus und in strengster Konsequenz seiner Auffassung, Deutschland sei zu dem Kriege gezwungen worden und führe ihn zu seiner Verteidigung, gehandelt habe, aber trotzdem vermöchte ich seinen Schritt nicht zu billigen. Wegen dieser Auffassung und wegen anderer Kriegsfragen gerieten wir bald auseinander; aber sein Interesse für Frank blieb bestehen.

Auch in andern bürgerlichen Kreisen erfreute sich Frank starker Zuneigung. Die Art seines öffentlichen Auftretens mußte auch dem Gegner Achtung abzwängen. Wenn Frank sprach, stand man stets unter dem Einflusse, daß es ihm immer nur um die von ihm vertretene Sache zu tun war, nicht um persönliche Rechthaberei. Und wenn er noch so heftig polemisierte und kritisierte, wenn er noch so vernichtende Urteile über Personen fällte, so fühlte man stets heraus, daß er die Personen immer nur als Vertreter von Ideen oder Systemen treffen wollte, die er für verderblich hielt.

Im Reichstage war Frank ein von den Gegnern ebenso beachteteter wie gefürchteter Debatter. Noch am Tage vor dem Sessionsabschluß, am 19. Mai, griff Frank die Regierung wegen ihres Verhaltens in der Dualafrage, insbesondere wegen der Verhaftung des Dualanegers Din heftig an. Vom rechtlichen wie vom politischen und menschlichen Standpunkte aus ging er mit der Regierung äußerst scharf ins Gericht. Als Jurist verstand er es ausgezeichnet, die Scheingründe zu zerpfücken, auf welche die Regierung sich bei ihrem Vorgehen gegen die Duala und bei deren Vertreibung aus ihren bisherigen Wohnplätzen stützte. In verlegenes Schweigen mußte sich der sonst

so sprachgewandte und redegewandte Kolonialsekretär Solf hüllen, als Frank das Unsinnsige der Behauptung nachwies, der Duala Din sei unter dem Verdachte verhaftet worden, einen Hochverrat geplant zu haben, nämlich Kamerun an England auszuliefern. Wie Keulenschläge prasselte es auf die zahlreich anwesenden Regierungsvertreter nieder, als Frank fragte, wie man von einem geplanten Verrate bei einem Manne sprechen könne, der nach Berlin reist, um hier mit Abgeordneten und Rechtsbeiständen zu unterhandeln. Das genaue Gegenteil von dem, was die Regierung behauptete, sei Wahrheit, und es falle schwer, anzunehmen, daß die Regierung das nicht selbst einsehe. Trotzdem habe sie die Verhaftung des Din angeordnet und damit nicht nur einen Akt rechtlicher Willkür begangen, sondern sich auch über die von den deutschen Gesetzen für derartige Verhaftungen vorgeschriebenen Formen hinweggesetzt.

Dr. Solf redete in seiner Erwiderung viel um die Sache herum. Seine Worte wirkten nicht. Schließlich benutzte er das bekannte Mittel, sich den Händen Franks zu entwinden, daß er andeutete, Frank habe seine Informationen nicht auf reinlichem Wege erlangen können. — Der Liebertparteiiler Schulz-Bromberg, Landgerichtsrat, war der einzige, der dem hartbedrängten Kolonialminister zu Hilfe zu eilen bestrebt war. Er versuchte zu beweisen, daß wenigstens die Form bei Verhaftung des Negers gewahrt worden sei. — Frank hand sich in seiner Erwiderung beide vor und führte beide ab. Dem Staatssekretär erklärte er, daß er auf durchaus einwandfreie Weise, nämlich aus den Akten der Staatsanwaltschaft, die Kenntnis bestimmter Einzelheiten erhalten habe. Dagegen frage er nunmehr den Staatssekretär, wie dieser seinerzeit habe erfahren können, daß die Duala an ihren Hamburger Rechtsbeistand Geld und bestimmte Weisungen gesandt hätten. Dr. Solf soll heute noch auf die kühne Frage Antwort geben. — Auch die richterliche Weisheit des Herrn Schulz-Bromberg konnte vor Franks klarer Darlegung nicht bestehen, da Deutschland gegenüber Kamerun doch kein „Ausland“ sei, was der Fall sein müsse, wenn Schulz im Rechte sein wollte.

So diente diese letzte Rede unseres gefallenen Genossen Frank dem Rechte der Unterdrückten und Verfolgten. Seine parlamentarische Bafsa, die so großes noch versprach, schloß damit ab. Seine kräftige, wohl lautende Stimme wird im Reichstagssaale nicht mehr erklingen. Die Gegner haben seine scharfe Klinge nicht mehr zu fürchten. Er beherrschte sich und seine Ausdrucksweise auch in den erregtesten Auseinandersetzungen so vollständig, daß er, obwohl er vergangenen Winter in zwölf Reichstagsitzungen siebenmal das Wort ergriffen hat, keinen Ordnungsruf davontrug.



Internationale Nachrichten.

Der Krieg und die Wirtschaftslage in den Vereinigten Staaten von Amerika.

In der ersten Hälfte des laufenden Jahres waren die wirtschaftlichen Verhältnisse in den Vereinigten Staaten sehr günstig. Die industriellen Betriebe waren in der Regel vollbeschäftigt, und die Landwirtschaft hatte eine reiche Ernte zu erwarten. Beim Ausbruch des Krieges, der für die Amerikaner nicht sonderlich überraschend war, herrschte deshalb eine ziemlich züversichtliche Stimmung. In bürgerlichen Kreisen rechnete

man damit, daß durch die Störung des Wirtschaftsgebietes in Europa die Ausfuhr aus den Vereinigten Staaten erheblich steigen werde, namentlich die Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Bekleidungsstoffen, und daß der amerikanischen Industrie manches Absatzgebiet neu gewonnen werden könne. Die Hoffnung, aus der schweren Lage Europas Vorteile ziehen zu können, hat sich jedoch bereits als trügerisch erwiesen. Die Warenausfuhr ist auf ein Mindestmaß zurückgegangen; es werden keine Maschinen, keine Metalle, kein Petroleum, keine Baumwolle usw. exportiert, und selbst der Export von Getreide und sonstigen Nahrungsmitteln ist unbedeutend, da die Käufer in Europa überall zurückhalten. Dazu kommt noch, daß die Möglichkeit der Verschiffung amerikanischer Waren nach Europa sehr beschränkt ist, weil die sonst für den Handelsverkehr in Betracht kommenden Schiffe nun größtenteils für Kriegszwecke benutzt werden und die eigene überseeische Handelsflotte der Vereinigten Staaten (insgesamt bloß etwas über 1 Million Tonnen) zur Bewältigung größerer Transporte ganz unzureichend ist.

Ebenso schlimm wie durch die Stockung der Ausfuhr wird die amerikanische Volkswirtschaft — und in erster Linie die Industrie — durch die Unterbindung der Einfuhr von Materialien aus Europa und den britischen Kolonien betroffen. Denn wenn auch die Vereinigten Staaten an natürlichen Hilfsquellen sehr reich sind, so sind doch viele Industriezweige auf den Bezug auswärtiger Rohstoffe und Halbfabrikate angewiesen; die wichtigsten Bezugsländer sind das Deutsche Reich und Großbritannien, und selbst aus Rußland werden vielerlei Materialien bezogen. Bisher waren zwar noch ausländische Rohstoffe und Halbfabrikate in größeren Mengen vorhanden, doch gehen die Vorräte zu Ende und bald werden die Fabrikanten zu Betriebseinschränkungen in großem Umfang gezwungen sein. Mäßige Betriebseinschränkungen fanden bereits Ende August und in der ersten Septemberhälfte statt, wodurch die Zahl der Arbeitslosen in den meisten Industriegebieten zunahm. Die Kapitalisten halten mit Investitionen zurück, wodurch die Wirtschaftskrise verschärft wird. Die Aussichten sind also durchaus nicht erfreulich. Ein Wiederaufschwung der amerikanischen Industrie nach dem Kriege ist allerdings sicher, und es ist ferner möglich, daß Amerika manches neue Absatzgebiet gewinnt, das den kriegführenden Staaten verloren geht. Es ist aber zu bedenken, daß andererseits der amerikanischen Volkswirtschaft aus der Schwächung der Kaufkraft der jetzt kriegführenden Staaten ein arger Nachteil erwächst.

Die Warenpreise begannen sofort nach Bekanntwerden der Kriegserklärungen zu steigen; ganz besonders die Preise jener Waren, die im Arbeiterhaushalt unentbehrlich sind. In Newyork stiegen im August die Fleischpreise um 50 % und mehr für das Kilo, die Zuckerpreise um etwa 30 %, Kaffee um 25 bis 50 % usw. Gemüse und Eier sind um mindestens 25 % verteuert worden. Dabei ist die Arbeitslosigkeit von Tag zu Tag in Zunahme begriffen.

Glücklicherweise ist die Einwanderung schon in den ersten sieben Monaten dieses Jahres bedeutend weniger ausgiebig gewesen als im Vorjahr; es landeten um rund 300 000 Zwischendeckpassagiere weniger. Der Einwanderungsbericht für August liegt noch nicht vor; doch ist zweifellos schon im ersten Kriegsmonat der Umfang der Einwanderung aus Europa sehr gering gewesen. In Unternehmerkreisen wird befürchtet, daß eine langdauernde Unterbindung der Einwanderung Arbeiternot im Gefolge haben wird. Die Herrschaften haben ja immer Angst, die Reservearmee von Arbeitskräften könne zu klein werden.

In den Gewerkschaften herrschten bis zum Kriegsausbruch Mitgliederzunahmen; nun wird wohl eine Stagnation eintreten. Den Ereignissen in Europa sieht die organisierte Arbeiterschaft der Vereinigten Staaten mit viel Ruhe entgegen, da eine Verwicklung Amerikas in den Krieg äußerst unwahrscheinlich ist. Der Vorsitzende des amerikanischen Arbeiterbundes, Samuel Gompers, sowie der Vorstand der sozialistischen Partei Amerikas haben Kundgebungen gegen den Krieg und für die internationale Brüderschaft der arbeitenden Klassen erlassen. Den Inhalt dieser Kundgebungen können wir unter den bestehenden Verhältnissen nicht mitteilen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

An die Zahlstellen der Gaue Dresden, Magdeburg und Frankfurt a. M.

Die Gauleiter folgender Gaue sind zum Militär einbezogen:

- Gau 6 (Niederschlesien, Kreishauptmannschaft Dresden und Bautzen);
- Gau 8 (Provinz Sachsen und Anhalt) und
- Gau 15 (Hessen und Hessen-Nassau).

Eine anderweitige Besetzung der Gaue während des Krieges findet nicht statt. Die zu diesen Gaue gehörigen Zahlstellen haben alle geschäftlichen Angelegenheiten, deren Erledigung bisher durch den Gauleiter erfolgte, bis auf weiteres auf direktem Wege mit dem Zentralvorstand zu regeln, der, falls sich ein persönliches Eingreifen als notwendig erweist, einen Beauftragten entsenden wird.

Der Zentralvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau 1 (Ost- und Westpreußen).

Die Adresse des Gauleiters ist vom 1. Oktober ab: Konrad Finsel, Elbing, Privatstr. 5, 1. Et.

Berichte aus den Zahlstellen.

Dortmund. Eine gut funktionierende Arbeitsvermittlung erweist sich besonders gegenwärtig als dringend notwendig. Ihr Wirken ist um so vorteilhafter, je einheitlicher sie aufgebaut ist. Von dieser Ansicht ausgehend, hat auch das Gewerkschaftsamt Dortmund einen gemeinsamen Arbeitsnachweis für alle Bezirke errichtet. Neben diesem Arbeitsnachweis bestehen in Dortmund noch drei andere: der Hauptarbeitsnachweis Dortmund (Arbeitsnachweis der Stadt und Handwerkskammer Dortmund), der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe und der Arbeitsnachweis der christlichen Gewerkschaften. Der Dortmund Oberbürgermeister hatte nun angeregt, es möge für die Zeit des Krieges nur noch der Hauptarbeitsnachweis Dortmund tätig sein und die übrigen Arbeitsnachweise ihre Tätigkeit einstellen. In einer Besprechung von Vertretern der beteiligten Körperschaften wurde der Anregung zugestimmt, nur konnte für den seitens des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe nach auswärts betriebenen Arbeitsnachweis keine Erklärung abgegeben werden, weil der genannte Arbeitgeberbund, der sich über ein großes Gebiet, insbesondere in den Provinzen Rheinland und Westfalen, erstreckt, noch nicht befragt werden können. Das ist inzwischen geschehen. In einer neuen Verhandlung am 14. September ergab sich, daß der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe zwar zurzeit noch keine zustimmende Erklärung abgeben kann, jedoch bereit ist, die Frage der Zentralisierung des Arbeitsnachweises in den einzelnen Gemeinden sofort eingehend zu prüfen und seinen Standpunkt binnen einer Woche mitzuteilen. Die übrigen Erschienenen sprachen sich einstimmig dahin aus, daß in denjenigen Gemeinden, in denen ein städtischer Arbeitsnachweis eingerichtet ist oder wird, für die Zeit des Krieges die übrigen Arbeitsnachweise, insbesondere diejenigen der Arbeitgebervereinigungen und der Gewerkschaften, ihre Tätigkeit vollständig einstellen sollen. — In der ersten Besprechung, die zu dem erwähnten Zweck stattfand, war auch die Frage der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit Gegenstand der Erörterung. Die Besprechung brachte zum Ausdruck, daß durch Vermeidung von Entlassungen im Bergbau und in den Eisenwerken, Einschränkung der Arbeitszeit im Handwerk sowie durch Inangriffnahme der kommunalen Arbeiten wesentlich zur Verhütung der Arbeitslosigkeit beigetragen werde. Die Binderung der Notlage der Arbeitslosen soll durch Selbsthilfe der Arbeiter, materielle Unterstützung von Arbeitgebern und der Armenverwaltung erreicht werden. Grundfähig aber soll angestrebt werden, durch zentralisierten Ausbau der Arbeitsnachweise die Befestigung der Arbeitslosigkeit zu erreichen. Auf diesem Wege ist durch die oben geschilderte Maßnahme der erste Schritt getan. Mögen die Erwartungen, welche die Arbeiter an diese Einrichtung knüpfen, sich in vollem Umfange erfüllen.

Hamburg und Umgegend. Zahlstellenversammlung am Freitag, 25. September. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Andenken des verstorbenen Kameraden W. Sellwig in der üblichen Weise geehrt. Hoft berichtete: Infolge der großen Arbeitslosigkeit haben sich unsere Vertreter und die des Bauarbeiterverbandes an den Baugewerbeverband gewandt mit dem Ersuchen, in einer Sitzung die Frage zu prüfen, wie die Arbeitslosigkeit am besten zu beseitigen sei. Daraufhin hat eine Sitzung mit der paritätischen Kommission stattgefunden, in welcher eine Verständigung dahin erzielt wurde, der Arbeiterschaft den Vorschlag zu machen, eine Tarifänderung vorzunehmen und die für den Monat Dezember festgesetzte sechsstündige Arbeitszeit schon vom 1. Oktober 1914 in Kraft treten zu lassen. Die Versammlung stimmte den Ausführungen zu und beauftragte den Vorstand, auf dieser Grundlage weiterzuzuhandeln. Das Kleben von Arbeitslosenmarken, welches laut Regulatorik nur dreizehn Wochen hintereinander geschehen darf, ist auf zwei- und zwanzig Wochen verlängert worden. Ferner sollen auch diejenigen Mitglieder, die keine 25 Wochenbeiträge in unserer Zahlstelle geleistet haben, ebenfalls Arbeitslosenmarken erhalten unter dem Vorbehalt, daß der Vorstand hierüber von Fall zu Fall entscheidet. Wehnen berichtete hierauf über den Ausgang der von ihm unter Zustimmung der Versammlung gegen Janitz angestrebten Beleidigungsklage. Es ist nachstehender Vergleich zustande gekommen, der auf Beschluß der Versammlung veröffentlicht werden soll:

Freie und Hansestadt Hamburg.
Geschäfts-Nr. (Wappen)
4 P Nr. 90/1914 Amtsgericht in Hamburg.

In der Privatklage des Rechnungsführers Th. Wehnen, Hamburg, Schwalbenstraße 4, 3. Et., Vertreter: Dr. Herz und Berg, Altona, Allee 124, Privatklägers, gegen den Zimmerer Fritz Janitz, Hamburg, Pestalozzistraße 29, Verteidiger: Dres. Arnthal und Spiegelberg, Angeklagter, wegen Beleidigung, schloffen die Parteien vor dem Amtsgericht in Hamburg, Schöffengericht 4, in der Sitzung vom 27. Mai 1914, an welcher teilgenommen: 1. Amtsrichter Dr. Lohmann als Vorsitzender, 2. Versmann, 3. Neichenberg als Schöffen, Referendar Dr. Hennings als Gerichtsschreiber, folgenden Vergleich:

Der Privatbeklagte erklärt: Nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme kann ich in keiner Weise dem Privatkläger etwas Ehrenrühriges nachsagen in dem Sinne, daß der Privatkläger unbefugt bei der Lieferung eines Geldschrankes an den Verband eine Provision angenommen und andererseits, daß er Marken zu Unrecht für sich verwendet hat. Ich bedauere es, wenn frühere Äußerungen von mir in diesem Sinne verstanden sind, und nehme sie, soweit ich sie getan habe, hierdurch ausdrücklich mit der Bitte um Entschuldigung zurück. Ich übernehme die Gerichtskosten und meine Anwaltskosten.

Der Privatkläger erklärt: Ich bin mit dieser Erklärung einverstanden, trage meine Anwaltskosten und ziehe Strafantrag und Privatklage zurück. Vorgelesen, genehmigt, beschlossen und verkündet: Das Verfahren wird unter Verteilung der Kosten, wie im Vergleich festgesetzt, eingestellt.

gez. Dr. Lohmann. gez. Dr. Hennings.

Für richtige Ausfertigung:

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts: Puiß.

Ein Antrag Wehnen, ihm nunmehr den Rechtsschutz zu gewähren und die entstandenen Kosten zu erstatten, wurde abgelehnt. Zu den Ergänzungswahlen des Vorstandes machte Lehmann den Vorschlag, vier Kameraden zu wählen und es dann dem Vorstand zu überlassen, sich über die Verteilung der Posten in der nächsten Sitzung zu verständigen. Gewählt wurden Bötker, Gebert, Pehm und Harnis. Die Beschlüsse der Zentralinstanzen über die Unterstützungsfälle besprach Lehmann. Er wies auf die Bekanntmachung im „Zimmerer“, Nr. 37, hin. Daß die Arbeitslosenunterstützung vom vierten Quartal ab um zwei Fünftel ermäßigt werde, beruhe darauf, daß unsere ganzen Einrichtungen einem Kriegszustand nicht angepaßt seien. Für die Angehörigen der zum Militär Einberufenen sei eine einmalige Unterstützung von M 6, 7, 8 beschlossen worden. Die ausgesteuerten Kameraden sollen eine Unterstützung auf die Dauer von vier Wochen in Höhe von M 3,00 erhalten. Hierzu hatte der Vorstand zwei Anträge unterbreitet: 1. Entweder soll der Satz auf das Doppelte (M 7,20) erhöht, oder 2. es soll auf weitere vier Wochen eine Unterstützung in derselben Höhe aus der Lokalkasse gewährt werden. Sämtliche Diskussionsredner bezeichneten die Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung als einen Fehler. In vier Anträgen wurde gefordert, eine Mitgliederversammlung einzuberufen und gegen diese Maßnahme Protest zu erheben. Der Antrag 2 wurde angenommen. Infolge der vorgerückten Zeit trat Vertagung ein. Von 87 Funktionären waren 72 anwesend. Entschuldigt fehlten zwei. Unentschuldig fehlten: Berg, Pagel, Böde, Tronnier, Drübber, Hagen, Lange, Drehm, Schaar, Böhnte, Kessler, Möller und Peters.

Hannover. Eine am 18. September im Gewerkschaftshause stattgefundene Mitgliederversammlung befaßte sich ausschließlich mit den Beschlüssen des Verbandsausschusses und des Zentralvorstandes über unsere Unterstützungseinrichtungen. Kamerad Walter legte die Gründe dar, die die Verbandsinstanzen zu ihren Beschlüssen veranlaßt haben. Seine Ausführungen riefen eine längere Debatte hervor, in der sämtliche Redner die Unterstützungsfälle als zu gering bezeichneten. Ein Antrag, beim Zentralvorstand Protest einzulegen, wurde angenommen. Der Geschäftsführer Wahn unterbreitete der Versammlung noch einen Antrag des Vorstandes, den Frauen der eingezogenen Mitglieder zu der von der Zentrale bewilligten Unterstützung einen lokalen Zuschuß von M 3 und ferner den Arbeitslosen wie bisher einen Zuschuß von 40 S pro Tag aus der Lokalkasse zu gewähren. Nach kurzer Debatte wurde dem Antrage zugestimmt.

Karlsruhe. Am 19. September fand hier eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt, die gut besucht war. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung der Lokalunterstützung an die Familien der im Felde stehenden Mitglieder. 2. Stellungnahme zur Unterstützungseinrichtung des Zentralvorstandes. 3. Verschiedenes. Zum ersten Punkt gab der Kassierer einen ausführlichen Bericht über die ausbezahlten Gelder der Lokalkasse. Eine frühere Versammlung hatte beschlossen, Familien der im Felde stehenden Mitglieder eine Unterstützung zu gewähren, und zwar in folgender Höhe: nach einjähriger Mitgliedschaft M 2, nach zweijähriger M 2,25, nach dreijähriger M 2,50 und nach vierjähriger Mitgliedschaft M 2,75; außerdem für jedes Kind unter 14 Jahren 10 S pro Woche. Die Gesamthöhe dieser Unterstützung beläuft sich bis jetzt gegen M 1100, da zurzeit 90 bis 100 Mann unserer Zahlstelle zur Fahne eingezogen sind. Damit die Lokalkasse nicht ganz erschöpft werde, wurde beschlossen, mit weiterer Unterstützung zu warten, eventuell andere Maßnahmen zu ergreifen. Im zweiten Punkt wurde das Zirkular des Zentralvorstandes verlesen. Hierzu nahm Gauleiter Schilling, der zu dieser Versammlung eingeladen war, das Wort und gab über alle Punkte genaue Aufklärung. Die Diskussion hierüber war eine mäßige, da man der Ansicht war, daß der Vorstand wohl wisse, was in den heutigen Zeitverhältnissen für die Organisation zu geschehen habe. In „Verschiedenes“ wurde lebhaft Protest erhoben gegen die Maßnahmen des Bauarbeiterverbandes, hier, der, ohne auch nur ein Wort mit unserer Organisation zu reden, mit dem Arbeitgeberbund einen Beschluß herbeiführte, wonach jedem in Arbeit stehenden M 2 pro Woche vom Lohn in Abzug gebracht

werden sollen für die Kriegsteilnehmer, ob organisiert oder nicht. Es wäre gewiß eine schöne Tat zu nennen, wenn das die Organisation der Bauarbeiter für sich beschlossen hätte, denn sie weiß sicher besser als der Arbeitgeberbund, wer von ihren Mitgliedern bedürftig ist. Den Arbeitgeberbund in diese Angelegenheit hineinziehen, halten wir nicht für richtig. Eine große Anzahl Bauarbeiter ist hierüber ganz unserer Ansicht. Daß die Abmachungen, die zwischen dem Arbeitgeberbund und den beiden Vertretern des Bauarbeiterverbandes Philipp und Bussi getroffen sind, in einem Geschäft sogar zur Entlassung unserer Kameraden geführt haben, weil sie sich dem Beschluß nicht fügten und ihren vollen Lohn verlangten, ist sehr zu bedauern. Ebenso, daß mit diesen Geldern alle die unterstützt werden sollen, die bis jetzt die Organisation nicht kannten. Wir müssen nochmals ganz energisch gegen einen solchen Beschluß protestieren, halten ihn auch für eine ungesetzliche Handlung der Arbeitgeber. Die Zimmerer wissen, was sie ihren im Felde stehenden Kameraden schuldig sind; sich durch die Bauarbeiter bedrängen zu lassen, lehnen sie entschieden ab.

Liegnitz. Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung, die von 19 Kameraden besucht war, fand am 16. September im Gewerkschaftshause statt. Im ersten Punkt der Tagesordnung gab der Vorsitzende die Unterstützungsfälle für die Arbeitslosen bekannt, sie sind in sämtlichen Klassen erheblich erniedrigt worden, was allgemeine Mißstimmung unter den Mitgliedern erregte. Es wurde der Wunsch laut, daß, falls der Krieg noch lange dauern und die Not unter den Kameraden noch größer werden sollte, die Zentrale andere Maßnahmen ergreifen möge. Dann wurde die Wahl zweier Kartelldelegierten vorgenommen. Die Kassengeschäfte, deren Prüfung infolge Einziehung des alten Kassierers zum Militär nötig wurde, waren in Ordnung und konnten dem neuen Kassierer übergeben werden. Aus lokalen Mitteln wurden M 324 an die Frauen der im Felde stehenden Kameraden gezahlt. Ein Mitglied, das dieses Jahr noch keine Marken im Buch hat, wurde gestrichen. Ein Zimmerer, der schon früher bei uns Mitglied war und um seine Aufnahme nachgesucht hatte, wurde von der Versammlung aufgenommen. Unter Punkt „Verschiedenes“ kam zur Sprache, daß der Unternehmer N. einen niedrigeren Lohn zahle und daß bei der Firma N. für die Ueberstunden nicht der tarifmäßige Zuschlag gezahlt werde. Zu gegebener Zeit werden unsere Kameraden mit diesen Firmen Abrechnung halten. Eine Anfrage des Vorsitzenden, wieviel Kameraden noch nachträglich zum Kriege eingezogen seien, ergab, daß neben Mitgliedern in Frage kommen; sie werden, wie die bereits eingezogenen, zur Krankenkasse angemeldet, da der Magistrat die Beiträge hierfür bezahlt. Eine Beschwerde eines Mitgliedes, über unrichtige Zustellung des „Zimmerer“ wurde dahin beantwortet, daß der Kolporteur zurzeit außerhalb in Arbeit stand und ihm die Zustellung daher nicht möglich gewesen sei.

Magdeburg. Zur Abwehr der schweren Folgen der Arbeitslosigkeit hatte das Gewerkschaftsamt an die städtischen Körperschaften eine Eingabe gerichtet, in der vorgeschlagen wurde: 1. Alle Arbeitgeber zu ersuchen, nach Möglichkeit die geschlossenen Betriebe wieder zu öffnen. 2. Die zur Ausführung reifen städtischen Arbeiten sofort in Angriff nehmen zu lassen und weitere Arbeiten vorzubereiten. 3. Einrichtungen zu treffen, durch welche es den Arbeitslosen möglich gemacht wird, für einen billigen Preis Mittagessen für ihre Familien empfangen zu können. 4. Für die beschäftigungslosen Angestellten und Arbeiter Geldmittel zu bewilligen, damit diesen eine wöchentliche Barunterstützung gezahlt werden kann. In der Stadtverordnetenversammlung sagte der Magistrat zu, den drei ersten Punkten der Eingabe nachkommen zu wollen. Dagegen mußte er sich dem unter 4 gestellten Verlangen gegenüber „einstweilen“ ablehnend verhalten, weil, wie der Oberbürgermeister Reimarus ausführte, einmal die Arbeitslosigkeit noch nicht außergewöhnlich groß sei und zum andern mit der Gewährung von Barunterstützung an Arbeitslose „ein gefährlicher Weg“ beschritten würde. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung stellte sich auf den gleichen Standpunkt. Ein Redner nach dem andern hob die „unabsehbaren Konsequenzen“ hervor, die ein solcher Beschluß haben würde. Was könne da nicht alles kommen und Unterstützung haben wollen! Die Ablehnung der Barunterstützung wurde mit dem Zusatz verbrämt, daß nur „zurzeit“ keine Unterstützung gezahlt werden könne. Die Stadtverordnetenversammlung war sich wohl dessen bewußt, daß die nachträgliche Ablehnung das soziale Empfinden der Stadtverordnetenversammlung nicht gerade in ein günstiges Licht gestellt hätte.

Stettin. Am 16. September fand eine allgemeine Mitgliederversammlung statt mit folgender Tagesordnung: 1. Die Kriegsmassnahmen und unsere Unterstützungseinrichtungen. 2. Innere Verbandsangelegenheiten. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde das Ableben der Kameraden W. Bantow und A. Mohde sowie des im Felde gefallenen Genossen Dr. Frank in der üblichen Weise geehrt. Kamerad Michaelis sprach zum ersten Punkt der Tagesordnung. Er gab einen ausführlichen Ueberblick über die Kriegsmassnahmen sämtlicher freien Gewerkschaften. Der Zentralverband der Zimmerer hätte so ziemlich als letzter zu dieser Frage Stellung genommen, weil erst durch statistische Erhebungen eine gewisse Grundlage geschaffen werden mußte. Da sich bei diesen Erhebungen herausgestellt habe, daß über ein Drittel unserer Kameraden zum Kriegsdienst einberufen sei, wäge unser Zentralverband nicht in der Lage, eine dauernde Unterstützung an die Familien der im Felde stehenden Kameraden zu gewähren. Der Zentralverband habe vielmehr beschlossen, zunächst eine einmalige Unterstützung an die Familien der einberufenen Mitglieder zu zahlen, die nach den Unterstützungsklassen abgestuft sei und für Stettin M 7 betrage. Weiter führte Redner aus, daß vom 28. September dieses Jahres ab die Arbeitslosenunterstützung bis auf weiteres in allen Klassen um zwei Fünftel herabgesetzt sei. Ausgesteuerte Mitglieder, die 14 Tage arbeitslos seien, erhielten eine weitere Unterstützung für vier Wochen. In der Diskussion konnten sich mehrere Redner mit den Maßnahmen des Zentralvorstandes nicht einverstanden erklären, sie waren der Meinung, die

Arbeitslosenunterstützung hätte nicht herabgesetzt werden dürfen. Andere Kameraden erklärten aber, wir müßten uns schon damit abfinden und dieses Opfer bringen; denn unser Hauptaugenmerk sei darauf zu richten, daß wir nach Beendigung des Krieges stark und geschlossen dastehen, damit wir nicht auf Jahre hinaus in unsern wirtschaftlichen Verhältnissen zurückgeworfen würden. Zur Unterstützung der Familien der Kriegsteilnehmer wurde noch beschlossen, sie aus Mitteln der Lokalkasse mit M 8 zu unterstützen. Außerdem stellte Kamerad Krause den Antrag: „Jedes in Arbeit stehende Mitglied ist verpflichtet, für die Angehörigen der im Felde stehenden Kameraden M 1 auf Sammellisten zu zahlen.“ Dieser Antrag wurde einstimmig beschlossen. Hierzu wurde bekanntgegeben, daß sich mehrere Zimmerer vom Lokalverein gemeldet hätten, um wieder Mitglied im Zentralverband zu werden. Die Kameraden im Vorstand wären sich darin einig, der Versammlung den Vorschlag zu machen, die sonst bei uns übliche Buße von M 30 in der jetzigen Zeit aufzuheben und diese verirrten Zimmerer wieder mit der im Statut festgesetzten Nachzahlung von M 1,50 in den Zentralverband aufzunehmen, da es unser aller Aufgabe sei, diesen Verein sobald wie möglich aus der Welt zu schaffen. Es wurde auch demgemäß beschlossen. Außerdem wurde darauf hingewiesen, daß zurzeit recht viele Zimmerer hier zureisen, die nicht organisiert seien; es wäre Pflicht aller Kameraden, die Platzdeputierten bei der Bücherkontrolle soviel wie möglich zu unterstützen und dafür Sorge zu tragen, daß die nicht organisierten Zimmerer dem Verbandszugeführt würden. Nachdem noch von einigen Kameraden das Ueberstundenwesen bei den Kriegsbaracken sowie auf einigen privaten Arbeitsstellen einer Kritik unterzogen worden war, wurde noch vom Vorsitzenden bekanntgegeben, daß wir vom Kartell aufgefordert wären, die Wahl von zwei Kameraden als Schöffen für das zuständige Gericht vorzunehmen. Dem wurde von der Versammlung entsprochen.

Wernigerode. Am 28. August fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Anwesend waren 31 Kameraden. Da sämtliche Vorstandsmitglieder zum Militär eingezogen sind, mußte zunächst die Neuwahl vorgenommen werden, die glatt konstaten ging. Hierauf wurde Beschwerde geführt über den Unternehmer Hüller, der Ueberstunden arbeiten ließ, aber nicht den Zuschlag dafür bezahlte. Er lehnte das auch dann noch ab, als ihn einer unserer Kameraden unter Hinweis auf den Tarifvertrag darauf aufmerksam machte. Die dort beschäftigten Kameraden lehnten es hierauf ab, Ueberstunden zu machen, nur vier berichteten solche weiter, doch behaupteten sie, daß ihnen der Zuschlag gezahlt werde. Ein Kamerad forderte, daß sich die vier solidarisch erklären sollten. Der Vorsitzende ermahnte die Anwesenden, sich nicht gegenseitig zu bekämpfen, sondern einig und geschlossen zu bleiben.

Sterbetafel.

Chemnitz. Am 14. September starb infolge Unfalls der Kamerad Leonhard Schmidt im Alter von 27 Jahren.



Baugewerbliches.

Der Baugewerbeverband zu Hamburg erläßt, wie die bürgerliche Presse berichtet, folgenden dringlichen Aufruf an seine Mitglieder:

„Die seit Ausbruch des Krieges vom Senat, den Behörden und Korporationen erlassenen Kundgebungen waren darauf gerichtet, die in einzelnen Erwerbszweigen unvermeidlich entstandene wirtschaftliche Notlage zu mildern. Der Aufruf des Baugewerbeverbandes hatte im besonderen den Zweck, der Arbeitslosigkeit der Bauarbeiter durch Beschaffung von Arbeitsgelegenheit zu begegnen. Bereits am 9. September erließ der Baugewerbeverband an die Betriebsinhaber eine Aufforderung, daß die Arbeitgeber, welche Verträge mit dem Staate haben, möglichst viele Arbeitskräfte ihres Faches zu den Arbeiten einstellen. Dieser Aufruf entspricht einem ausdrücklichen Verlangen der ersten Sektion der Baudeputation. Nunmehr ist von anderer Seite das bestimmte Verlangen gestellt worden, daß die in den Tarifverträgen für den Monat Dezember vereinbarte sechsstündige Arbeitszeit schon jetzt, und zwar bis auf weiteres eingeführt werde, und daß zum Ausgleich der dadurch geminderten Tagesleistung eine größere Anzahl Arbeiter eingestellt werde. Ganz abgesehen davon, daß die verlangte Maßnahme den Gewerbeverband aufs neue belasten würde, indem die Kosten der Krankenversicherung, der Invaliden- usw. Versicherung und ein großer Teil der Geschäftsumkosten erheblich gesteigert würden, hält der Verwaltungsausschuß die vorzeitige Einführung der nach dem Tarifverträge zulässigen kürzesten Arbeitszeit nicht für ein geeignetes Mittel, um der Arbeitslosigkeit wesentlich abzuwehren. Eine schematische Durchführung der verlangten Maßnahme würde ohnehin nicht möglich sein; vielmehr würde von Fall zu Fall die Entscheidung einer paritätischen Kommission einzuholen sein. Bevor aber der Baugewerbeverband auf eine Erörterung über die vorübergehende Einführung der nach dem Tarifverträge zulässigen kürzesten Arbeitszeit eingeht, muß alles versucht werden, was zur Milderung der Arbeitslosigkeit und zur Mehrung der Arbeitsgelegenheit zweckmäßig erscheint. Ohne Verzug wird der Baugewerbeverband durch eine Abordnung bei der Baudeputation vorstellig werden, damit der an die Behörden ergangene Auftrag zur Vergebung von Arbeiten und Lieferungen im vollen Umfange zur Ausführung komme. Um aber der dringlichen Pflicht zur Milderung der Arbeitslosigkeit von vornherein zu genügen, richtet der Baugewerbeverband an die Herren Betriebsinhaber die Aufforderung, an allen Arbeitsstätten soviel Arbeiter einzustellen, als dies ohne schwere Schädigung und ohne wirtschaftliche Gefährdung des Betriebes möglich ist. Zur Ausführung dieser Maßnahme empfiehlt der Baugewerbeverband die Einführung der Schichtarbeit durch zeitlichen Wechsel der Arbeiter. Der Baugewerbeverband richtet an die Kollegen und Betriebsinhaber die eindringliche Ermahnung, daß jeder nach besten Kräften und nach eigenem Ermessen bestrebt ist, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche Notlage der Bauarbeiter zu lindern. Unsere im Felde stehenden und zur Fahne einberufenen Kollegen, Söhne und Volksgenossen setzen für das Bestehen und die Ehre des Vaterlandes Leben und Gesundheit ein! Die Zurückgebliebenen haben die heilige Pflicht, jeder an seiner Stelle, sich bereitwillig und opferwillig zu zeigen, wo es gilt, die Bevölkerung in ihrer Gesamtheit vor Notstand zu bewahren. So einmütig wie das ganze deutsche Volk mit seinen Empfindungen hinter dem kämpfenden Kriegsheere steht, so geschlossen muß die Bereitschaft sein, wenn es gilt, die wirtschaftlichen Zustände im Innern des Vaterlandes nach Möglichkeit vor Rückgang zu schützen.“

Der Dalles und der Krieg. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt: Der Konkurs der Berliner Bau-firma Kurt Berndt dürfte unter dem Einfluß des Krieges möglicherweise zu einem schnellen Ende geführt werden. Wie wir erfahren, hat der Gemeinschuldner neuerdings einen Zwangsvergleich angebahnt, und zwar auf der Basis einer Zahlung von etwa 3 1/2 pZt., während bei Durchführung des Konkurses nur mit etwa 2 pZt. zu rechnen wäre. Angesichts des jetzt eingetretenen Geldbedürfnisses vieler Gläubiger rechnet man mit der Möglichkeit der Annahme des Zwangsvergleichsvorschlages. In diesem Falle würde eine Anzahl schwebender Prozesse ebenfalls beendet werden.

Literarisches.

Heft 22 der „Neuen Zeit“ vom 18. September hat folgenden Inhalt: Wirkungen des Krieges. Von Karl Kautsky. — Der Krieg und die Gewerkschaften. Von Adolf Braun. — Die Mohammedaner in den französischen Kolonien. Von Charles Dumas, Paris. — Notiz: Engels und der Krieg. — Feuilleton: Der Seekrieg. (Fortsetzung.) Von Richard Wolbt. — Anzeigen.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 20. Nummer des 31. Jahrgangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 10 A. Probenummern sind jederzeit durch den Verlag J. S. W. Dieck Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu beziehen.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist soeben Nr. 26 des 24. Jahrgangs ausgegangen. Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 A. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 A, unter Kreuzband 85 A. Jahresabonnement M. 2,60.

Versammlungsanzeiger.

Dienstag, den 6. Oktober:

Senftenberg: Abends 7 1/2 Uhr bei Schönert in Jütendorf.
Spremberg: Bei Paul Bode, Pfortenstr. 14.

Samstag, den 10. Oktober:

Wanne: Abends 8 1/2 Uhr bei Homburg, Schulstr. 24.

Anzeigen.

[M. 4,50] **Nachruf.**
 Den Heldentod fürs Vaterland starb am 6. September auf dem Schlachtfelde..... unser Mitglied
Heinrich Vogelei
 im Alter von 26 Jahren.
 Er war ein guter Kamerad und treues Mitglied.
 Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren.
Die Kameraden der Zahlstelle Essen a. d. R.

Nachruf.
 Im Dienste für das Vaterland starb am 20. September unser Kamerad
Otto Lauke.
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden der Zahlstelle Coswig (Anhalt.)
 [M. 3,60]

[M. 3,60] **Todesanzeige.**
 Den Heldentod auf dem Schlachtfelde im Westen fand am 15. September unser treues Mitglied
Hermann Kühl
 Gefreiter der Reserve im Inf.-Reg. Nr. 76.
 Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand der Zahlstelle Bergedorf.

Nachruf.
 Am 21. September starb infolge der auf dem Schlachtfelde erlittenen schweren Wunden im Lazarett zu Köln a. Rh. den Heldentod unser langjähriger Hilfskassierer und Mitbegründer der Zahlstelle, der Kamerad
Wehrmann Paul Reche
 im Alter von 31 Jahren. [M. 4,50]
 Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Kameraden der Zahlstelle Senftenberg.

[M. 4,50] **Nachruf.**
 Den Heldentod fürs Vaterland starb unser frühere Kassierer, der Kamerad
Max Pfaffendorf
 aus Lübschütz. Die hiesige Zahlstelle verliert mit ihm einen tüchtigen Kameraden und eifrigen Agitator der Organisation.
 Ehre seinem Andenken!
Der Vorstand der Zahlstelle Kahla a. d. S.

Zahlstelle Braunschweig.
 Zureisende sowie arbeitslose Kameraden müssen sich erst beim ersten Vorsitzenden
H. Preuss, Wendering 21, 1. St.,
 melden, bevor sie umschauen. [70 A]

Verkehrslotale, Herbergen usw.
 (Jahresinserate unter dieser Rubrik bis zu drei Zeilen kosten M. 8 jede weitere Zeile M. 2 mehr. Freie Exemplare werden nicht verabfolgt. Inserate, für die nicht der Betrag eingekandt ist, bleiben fort.)
Berlin. Arbeitsnachweis und Bureau der Zahlstelle des Zentralverbandes der Zimmerer und verwandter Berufsgenossen für Berlin und Umg., SO, Engelufer 16, 3. St., Zimmer 50. Fernsprecher Amt Moritzplatz, Nr. 2789. Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sowie Unfälle sind hier zu melden.
Chemnitz. Bureau und Arbeitsnachweis befinden sich im Volkshaus „Kolliseum“, Zwickauer Straße 152, 1. St., Zimmer 16. Herberge das. Verkehrslotale: Volkshaus und „Blauenische Bierhalle“, Gaisstr. 41. Zureisende Kollegen sind verpflichtet, ehe sie umschauen, sich im Bureau zu melden. Geöffnet 11—1 Uhr und nachmitt. 5—7 1/2 Uhr.
Cöln a. Rh. Versammlungslotale und Herberge: Volkshaus, Severinstraße 107/109. Telefon B 3850. Meldungen, ganz gleich welcher Art, sind im Zahlstellenbureau, Perlengraben 83, 1. St., zu erstatten; geöffnet abends von 7 bis 9, Sonntags vorm. von 10 bis 12 Uhr. Zureisende haben sich zwecks Vermittlung von Arbeitsgelegenheit, bevor sie umschauen, ebenfalls dort zu melden. Reiseunterstützung wird ebenfalls dort ausbezahlt.
Gurhaven. Verkehrslotal bei Witwe Behnte, Gesellschaftshaus „Zur Sonne“, Norddeichstraße 18.
Dortmund. Verbandsbureau, Arbeitsnachweis und Herberge im Gewerkschaftshaus, Saffingstraße 32. Zureisende und arbeitslose Mitglieder sind verpflichtet, sich im Bureau zu melden. Umschau verboten.
Hamburg. Bureau des Zentralverbandes der Zimmerer Hamburgs und Umgegend: Bienenbinderhof 67/68, 2. St., Telefon: Gruppe 6, 4426. Geöffnet vorm. von 11 bis 1 Uhr, nachm. von 5 bis 7 Uhr. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer Hamburgs und Umgegend, sind hier zu melden. Zureisende Kameraden haben die Pflicht, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im vorstehend bekanntgegebenen Bureau zu melden. Weiterverzeichnisse werden dort unentgeltlich verabfolgt.
Hamburg-Altona. Bez. 15. Verkehrslotal und Herberge bei Robegaß, Bohmühlenstr. 36. Jeden zweiten Mittwoch im Monat Zusammenkunft und jeden zweiten und vierten Sonnabend im Monat Zahlabend.
Hamburg-Alstertal. Verkehrslotal bei Ch. Erhorn, Mohlenhoffstr. 29/30. Am ersten Mittwoch jedes Monats, abends 8 1/2 Uhr, Zusammenkunft. Jeden Sonntag vorm. von 11 bis 12 Uhr werden Beiträge entgegengenommen.
Hamburg-Eilbek, Dohsenfelde. Verkehrslotal bei Herrn. Beer, Wandsbieder Chaussee 128. Telefon: Gr. 4, 8501. Jeden zweiten Montag im Monat Zusammenkunft.
Hamburg-Hammerbrook. Ernst Benning, Gothenstr. 68, Verkehrslotal. Am ersten Sonntag eines jeden Monats, morgens 9 1/2 Uhr, Zusammenkunft. Beitragsentgegennahme für die Zentraltrankentasse am ersten Sonntag im Monat, vormittags von 10 bis 12 Uhr.
Hamburg-Neubek. Bezirk 6. Verkehrslotal bei Adolf Winter, Weddeler Markt 4. Telefon: Gr. 8, 5485. Zusammenkünfte gemeinschaftlich mit Bezirk 6 jeden zweiten Dienstag im Monat, abwechselnd auch bei Brüger, Rothenburgsort.
Hamburg-Rohdenburgsort. Bezirk 4. Verkehrslotal bei G. Brüger, Streifowstr. 79. Telefon: Gr. 8, 2167. Sonntags mittags Entgegennahme von Beiträgen.
Hamburg-Spandauer. Albert Semde, Verkehrslotal, Wellenallianzstr. 45. Jeden Sonnabend Zahlabend. Jeden letzten Sonnabend im Monat Zahlabend der Zentraltrankentasse. Telefon: Gr. 6, 2782.
Hamburg-Spandauer. Paul Dierks, Martinstr. 8. Telefon: Gr. 5, 1430, Nr. 1. Verkehrslotal für Zimmerer. Jeden dritten Mittwoch im Monat Zusammenkunft.
Hamburg-Warmbeck. D. Niemeier, Dehnstraße 129. Vermittlung von Zimmererwerbungen.
 — Verkehrslotal bei G. Rohweber, Rönnehaßstr. 67. Teleph.: Gr. 6, 3075. Am zweiten Montag eines jeden Monats Zusammenkunft. Sonntags, vormittags von 11 bis 1 Uhr, Beitragsentgegennahme.
Hamburg-Ölfrauen. Bezirk 17. Verkehrslotal bei G. Gehorn, Wahrenfelder Straße 124. Zusammenkunft jeden zweiten Mittwoch im Monat, abends 8 1/2 Uhr.
Hamburg-Winterhude. Verkehrslotal bei Heinz Schulz, Markt 16. Telefon: Gr. 6, 1792. Zusammenkunft jeden zweiten Montag im Monat.
Hamburg-Wilhelmsburg. Bezirk 35 und 26. Verkehrslotal und Herberge bei G. Meyer, Vogelhüttendamm 23. Telefon: Gr. 4, 8476. Jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 4 Uhr, Zusammenkunft.
Kiel. Bureau der Zahlstelle Kiel und Umgegend: Gewerkschaftshaus, Fährstr. 24, 2. St., Telefon 2241. Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Zimmerer Kiels sind hier zu melden. Zureisende Kameraden sind verpflichtet, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im Bureau zu melden. Zusammenkunft jeden zweiten Mittwoch im Monat.
Rönneberg i. Br. Bureau der Zahlstelle: Vorder Hofgarten 61/62, 3. St., Telefon 1890. Sprechstunden von 9 bis 11 Uhr und von 5 bis 7 Uhr. Alle Differenzen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind hier zu melden. Zureisende Kameraden sind verpflichtet, bevor sie nach Arbeit umschauen, sich im Bureau zu melden. Versammlung jeden Dienstag nach dem 15. im Monat.
Wittenberg. Bureau der Zahlstelle und Arbeitsnachweis: Pöhlalossstr. 40/44, Gewerkschaftshaus, 3. St., Telefon 51 030. Sprechstunden vorm. von 10 bis 12 Uhr und abends von 5 bis 7 1/2 Uhr. Arbeitslosenmeldung vorm. von 10 bis 12 Uhr. Auszahlung der Reiseunterstützung: von 3 bis 7 Uhr. Sonntags geschlossen. Zentralsherberge: Am Glödenbach 10.
Wilhelmsbaven u. Umg. Bureau: Rüstingen, Rüstinger Straße 28. Geöffnet: Wochentags abends von 7 bis 8 Uhr. Versammlung jeden dritten Dienstag im Monat bei Sodewasser. — Bezirk Warel: Versammlung am ersten Donnerstag im Monat bei Meyer.